

Zürich



In dieses Haus an der Sonnenbergstrasse 19 am Zürichberg ziehen diese Woche 80 Flüchtlinge aus Ostafrika ein. Foto: Tom Kawara

Flüchtlinge im Nobelquartier spalten die Nachbarschaft

Einige Anwohner sind empört, andere freuen sich und bieten ihre Hilfe an.

Von Ruedi Baumann und Pascal Unternährer

Zürich - In eines der reichsten Quartiere der Schweiz ziehen 80 Menschen aus Ostafrika ein, die zu den Ärmsten der Welt gehören. Und dann sind in Zürich bald auch noch Wahlen. Die kurzfristige Information der Asylorganisation Zürich (AOZ) mit Flyern sorgt am Zürichberg für heftige Diskussionen. Da sind einerseits die bürgerlichen Parteien - vor allem die SVP -, die dem links-grünen Stadtrat eine «Jeder soll nach Zürich kommen»-Asylpolitik vorwerfen. Es gibt aber auch besonnene Anwohner, die den Quartieren Hottingen und Hirslan den genügend Stärke und Integrationsfähigkeit zutrauen, um mit den Flüchtlingen zurechtzukommen.

Frau will Deutschkurse geben

Zum Beispiel die 74-jährige Rechtsanwältin Ursula Kohlbacher, die sich gestern spontan bei der Asylorganisation meldete und anbot, Deutschkurse zu geben oder Kinder zu beschäftigen. «Ich freue mich, wenn etwas Farbe ins Quartier kommt - man muss den Flüchtlingen eine Chance geben, in Kontakt mit der Quartierbevölkerung zu treten.» Auch der Hirslander Quartiervereinspräsident Christian Aeschbach sagt: «Ein gesundes Quartier muss diese Flüchtlinge tragen können - ich beurteile Hirslan den als ein sehr gesundes Quartier.»

Martin Schmassmann, Präsident des Quartiervereins Hottingen, reagiert ebenso gelassen. «Wir sind ein Stadtquartier und können uns doch nicht als Hort der Ruhe und Idylle abschotten gegen

alles, was diese Ruhe stören könnte. Hottingen wird nicht untergehen wegen 80 Flüchtlingen.» Beide Quartiervereinspräsidenten wurden vorgängig nicht informiert. Gegenüber Martin Schmassmann sagte die AOZ, eine frühzeitige Information schaffe erfahrungsgemäss eine grosse, organisierte Gegnerschaft.

Die besonnene Haltung der Quartiervereinspräsidenten kam insbesondere bei SVP-Gemeinderat und Kreisparteipräsident Urs Fehr schlecht an. Schmassmann nehme die Flüchtlinge in Schutz, ohne die Quartierbewohner um ihre Meinung zu fragen. «Da ist die politische Ideologie mit ihm durchgebrannt.» Fehr will nun im Quartierverein die Abwahl des Präsidenten beantragen. Flüchtlinge am Zürichberg einzuquartieren, sei «ein Affront gegenüber Mitbürgern, die sich kaum eine Wohnung leisten können».

Pikanterweise wird die Liegenschaft

Der Direktor der Asylorganisation im Interview www.zuerichberg.tagesanzeiger.ch

am Sonnenberg nicht von der Stadt an die Asylorganisation vermietet, sondern von der Spross Immobilien AG, einem Familienunternehmen des 2004 verstorbenen SVP-nahen «Gärtners der Nation» Werner H. Spross. Gemäss Sprecher Urs Läubli hat die Firma Spross die Liegenschaft 2012 gekauft. Allen Mietern war vom vorherigen Eigner per September 2013 gekündigt worden. Die Spross AG wollte die rund 50-jährige Liegenschaft sanieren oder durch einen Neubau ersetzen, um «Mietwohnungen zu vernünftigen Konditionen» bereitzustellen.

len. Weil die Stadt Zürich direkt angrenzend an der Bergstrasse einen Werkhof besitzt, habe man auch ein gemeinsames Projekt studiert. «Die Projektierungsarbeiten haben sich in die Länge gezogen», sagt Läubli, «unter anderem wegen der Unsicherheit mit der neuen Bau- und Zonenordnung.» So ist die Ausnutzung an Hanglagen umstritten.

Miete ist «genau gleich hoch»

Gemäss Spross-Sprecher Läubli ist die Stadt mit der Idee einer Zwischennutzung im Asylbereich an die Spross AG herangetreten. Der Mietertrag sei «genau gleich hoch» wie bei der früheren Vermietung an die langjährigen Wohnungsinhaber. Läubli betont, dass der Spross AG «viel an einem guten Einvernehmen mit der Stadt» gelegen sei.

In einer dringlichen Anfrage im Gemeinderat wollte die FDP gestern vom Stadtrat wissen, ob die Stadt «mit Druck oder Anreizen auf den Eigentümer eingewirkt» habe - allenfalls im Hinblick auf ein künftiges Baugesuch.

AOZ-Direktor Thomas Kunz sagt, dass in Zürich seit vielen Jahren immer rund 2750 Flüchtlinge und Asylsuchende wohnten - trotzdem habe Zürich weltweit eine der besten Lebensqualitäten. Die AOZ mache immer die gleiche Erfahrung: Vor der Ankunft der Flüchtlinge sei von dramatischen Auswirkungen die Rede - «und am Ende bedauern die Nachbarn, wenn die Flüchtlinge weiterziehen». Die neuen ostafrikanischen Nachbarn am Zürichberg sind grösstenteils Familien, die von der Schweiz einen Schutzstatus erhalten haben.

Hedy Schlatters Stimme half der FDP im Gemeinderat nicht

Die FDP hat gestern im Gemeinderat gefordert, die Vergabepaxis von städtischen Wohnungen zu verschärfen. Sie scheiterte äusserst knapp.

Von Thomas Zemp

Zürich - Der Vorstoss der FDP hat durch den Fall der SVP-Gemeinderätin Hedy Schlatter diese Woche an Brisanz gewonnen. In einem Postulat forderten die Freisinnigen, die Vergabepaxis von städtischen Wohnungen, aber auch solchen von öffentlich-rechtlichen Stiftungen härter zu gestalten. Es sollten nur noch Leute dort wohnen können, die aufgrund ihres bescheidenen Einkommens und Vermögens darauf angewiesen sind. Schlatter müsste demnach ihre städtische Wohnung in Wollishofen, die sie monatlich 1600 Franken kostet, verlassen: Sie versteuert ein Vermögen von knapp 7 Millionen Franken und ein Einkommen von über 200 000 Franken. Und das nicht in Zürich, sondern in Uster, wo sie sich in einer herrschaftlichen Villa aufhält.

Schlatter schwieg

Schlatter wohnte der Sitzung gestern bei, als sei nichts geschehen. Zur Affäre wollte sie vor der Ratssitzung keine Stellung nehmen. Sie äusserte sich im Rat auch zum FDP-Vorstoss nicht, stimmte diesem jedoch zu. Auffallend: Kein einziger Gemeinderat der SVP ergriff das Wort in der emotionalen Debatte - wohl zum Schutz ihrer Gemeinderätin, die in knapp zwei Wochen wieder zur Wahl antritt. SVP-Fraktionschef Mauro Tuena sagte nach der Sitzung, es sei alles gesagt worden, was habe gesagt werden müssen.

Doch auch Schlatters Stimme half dem Postulat der Freisinnigen nicht: Am Schluss stand es bei 58 zu 58 Stimmen. Anders als im Kantonsrat stimmt im Gemeinderat der Ratspräsident mit: Martin Abeles (Grüne) Nein gab schliesslich den Ausschlag für die Ablehnung.

Für die freisinnige Idee warb Severin Pflüger. Er kritisierte die heutige Situation, die zu einer ungerechten Umverteilung

führe. Er fragte den Rat: «Soll ich Steuern zahlen, damit ein anderer, der gleich viel oder mehr als ich verdient, billiger als ich wohnt?»

Dass es knapp werden würde für den Vorstoss, war den Freisinnigen klar. Sie versuchten darum, ihre Idee zu retten, indem sie auf einen Vorschlag der Grünliberalen eingingen. Ursprünglich hatte die FDP gefordert, dass Mieten in günstigen Wohnungen an die Einkommens- und Vermögensverhältnisse angepasst werden, bis hinauf zu einem quartierüblichen Mietzins. Für die GLP schlug Adrian Gautschi als Alternative zu dieser «kapitalistischen Variante» einen «griffigen Massnahmenkatalog» vor. Und er erwähnte verschiedene Sündenfälle, bei denen höhere Beamte durch Beziehungen Wohnungen an der Schippe erhalten hatten. Das müsse verhindert werden. Die EVP unterstützte die Änderung der GLP.

Die linke Ratsseite warf den Freisinnigen vor, die wohnpolitischen Grundsätze zu torpedieren, die das Volk an Abstimmungen festgesetzt hatte. Die Stadt habe verschiedene Hebel, die sie bei Mietern ansetzen könne, sagte Linda Bär von der SP. Sie erwähnte die Belegungs- und die Wohnsitzpflicht. Karin Rykart, Fraktionschefin der Grünen, kritisierte, die FDP wolle die Kostenmiete durch die Marktmiete ersetzen.

Niklaus Scherr (AL) sagte, das Postulat verstosse gegen die Gemeindeordnung der Stadt Zürich und sei damit verfassungswidrig. Er stellte eine Vergleich an: Wenn nur noch Bedürftige in städtischen Wohnungen hausen dürften, müsste es wohl bald Strassen geben allein für reiche Porschefahrer.

Leupi verspricht eine Vorlage

Finanzvorstand Daniel Leupi (Grüne) hielt der FDP vor, dass sie eigentlich eine Motion statt eines Postulats hätte lancieren müssen. Er kündigte an, dass die Liegenschaftsverwaltung bereits einen Bericht zu diesem Thema ausarbeite. Er werde ihn sicher dieses Jahr dem Gemeinderat vorlegen. In welche Richtung die Vorlage geht, liess er gestern offen. Leupi sagte aber, er wolle mehr Handlungsspielraum.



Wollte sich zur Wohnungsaffäre nicht äussern: Hedy Schlatter. Foto: Doris Fanconi

Zürcher Regionalzeitungen bauen 25 Stellen ab

Die drei Redaktionen sollen enger zusammenarbeiten - und so Kosten einsparen.

Von Edgar Schuler

Zürich - Nachdem das Medienhaus Tamedia (das auch den «Tages-Anzeiger» herausgibt) am Montag den Abgang von Colette Gradwohl als Chefredaktorin des Winterthurer «Landboten» bekannt gegeben hatte, teilte das Unternehmen gestern mit, dass im Zeitungsverband Zürcher Regionalzeitungen 25 von 165 Vollzeitstellen abgebaut werden. Ausserdem kommt es zu Stellenverschiebungen zwischen «Zürichsee-Zeitung», «Zürcher Unterländer» und «Landbote».

Laut einer Mitteilung soll es am Standort Winterthur bei 60 Vollzeitstellen bleiben. Benjamin Geiger, neu Chefredaktor aller drei Zeitungen, sagt dazu:

«Der Landbote ist das Kernstück des Verbunds. Hier sind deshalb auch alle Ressorts angesiedelt, die für alle drei Zeitungen tätig sind: Kanton, Sport, Service.» In der Ausland- und Inlandberichterstattung wird der Verbund mit der «Berner Zeitung» zusammenarbeiten, ebenfalls ein Tamedia-Produkt.

Für die Kritik, dass Winterthur seine eigenständige Stimme in den beiden Ressorts verliert, äussert Chefredaktor Geiger Verständnis. Er sagt aber auch: «Wahrscheinlich hat man in Zürich und Bern ähnlich reagiert, als Tagi und Bund ihre Bundeshausredaktion zusammengelegt haben.»

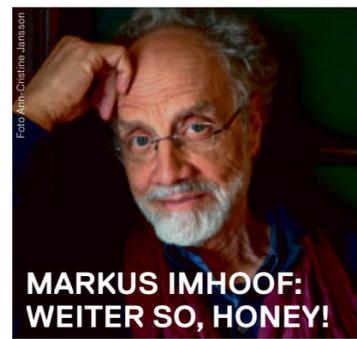
Es gehe für die Regionalzeitungen darum, die knapp gewordenen personellen Ressourcen da einzusetzen, wo ihre Kernkompetenz liege: im Lokalen und Regionalen. Die Wirtschaftsberichterstattung wird künftig in den politi-

schen Ressorts stattfinden. Das ist laut Geiger kein Abbau, sondern eine Neuorganisation.

Mit der «Berner Zeitung» hat Geiger ein Konzept erarbeitet, das sicherstellen soll, dass die Redaktion in Bern die Zürcher Optik berücksichtigt. Wo dies nicht möglich ist, wird laut Geiger die Kantonsredaktion in Winterthur Zürcher Aspekte abdecken. «Ich wage zu behaupten, dass in einem halben Jahr kein Winterthurer Leser sagen wird, dass die aus Bern kommende Inlandberichterstattung schlechter ist als die heutige», sagt Geiger.

Tamedia erklärt die Einsparungen als überlebenswichtig für ihre Regionalzeitungen. «Ein Verkauf des «Landboten» an einen Dritten hätte nicht nur die Zukunft des «Landboten», sondern auch des «Zürcher Unterländers» und der «Zürichsee-Zeitung» infrage gestellt», sagt Unternehmenssprecher Christoph Zimmer.

Markus Imhoof, Filmregisseur, unterstützt die Wiederwahl von Corine Mauch als Stadtpräsidentin. Damit Zürich kulturell vielfältig bleibt.



MARKUS IMHOOF: WEITER SO, HONEY!

Corine Mauch kämpft dafür, dass Zürich eine sozial und ökologisch vorbildliche, wirtschaftlich starke und kulturell vielfältige Stadt bleibt.



STADTPRÄSIDENTIN UND STADTRÄTIN CORINE MAUCH

Wir vom Komitee setzen uns für Corine Mauch so ein, wie sie es für Zürich tut. Wir freuen uns, wenn die Wählerinnen und Wähler am 9. Februar Corine Mauch wieder als Stadtpräsidentin und Stadträtin wählen. Herzlichen Dank.

www.corine-mauch.ch